



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Jahresbericht 2018



Auf einen Blick

Editorial

Seite 1

Wer wir sind

Seite 2

Unsere Erfolge 2018

Seite 3

Unsere Kernforderungen für die 19. Legislaturperiode

Seite 4

Unsere Aktivitäten 2018

Seite 5

Organe und Geschäftsführung

Seite 17

Stiftungsmanagement

Seite 19

Fördern und Spenden

Seite 20

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freund*innen, Förder*innen und Partner*innen,

2018 haben wir die im vergangenen Jahr begonnene Erneuerung der SRzG fortgesetzt. Wir haben neue Kooperationen angestoßen und die bestehende Zusammenarbeit mit unseren Partnerorganisationen vertieft. Wir haben viele neue, ambitionierte Botschafter*innen dazugewonnen. Besonders freuen wir uns darüber, dass die SRzG für ein Projekt mit einem renommierten internationalen Umweltpreis ausgezeichnet wurde.

Mit einem neuen Positionspapier zu zukunftsgerechter Demokratie machen wir uns für ein politisches System stark, das die Folgen heutiger politischer Entscheidungen auf zukünftige Generationen stärker als bisher berücksichtigt. In vielen weiteren Themenbereichen haben wir uns für die Rechte nachrückender Generationen eingesetzt, und unsere Forderungen mit neuen Positionspapieren unterfüttert. Seit Sommer erstrahlt auch unsere englische Webseite im neuen Design.

Wir wollen allen danken, die an den Projekten und Erfolgen mitgewirkt haben. Wir danken unseren ehrenamtlichen Vorständen, Botschafter*innen, Kuratoren und Beiräten, die mit großem Enthusiasmus und Einsatz für die Rechte zukünftiger Generationen eintreten. Und wir danken unseren Praktikant*innen, Partner*innen und Förder*innen für die großartige Unterstützung.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre des Jahresberichts 2018.

Ihre SRzG



Wer wir sind

Wir sind ein Think Tank an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Durch praxisnahe Forschung und Beratung wollen wir das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schärfen. Die SRzG wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen und wird seitdem von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet. Wir vertreten die Interessen zukünftiger Generationen und gelten als „bekanntester außerparlamentarischer Think Tank in Sachen Generationengerechtigkeit“ (Wirtschaftswoche). Wir sind finanziell unabhängig und stehen keiner politischen Partei nahe.

Was wir erreichen wollen

Die Entscheidungen von heute bestimmen, wie die Welt von morgen aussehen wird; gleichzeitig werden diese Entscheidungen derzeit allerdings oft von der Suche nach kurzfristigen Vorteilen beeinflusst. Politiker*innen orientieren sich an Wahlterminen und fürchten, nicht ganz zu Unrecht, um ihre Wiederwahlchancen, sobald sie die langfristige Perspektive dem Kurzfristdenken überordnen.

Unsere Vision von Generationengerechtigkeit ist, dass dieses nicht-nachhaltige Handeln in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufgegeben wird, denn wir sollten heute nicht auf Kosten unserer Nachkommen leben. Die heute junge und die heute alte Generation müssen gemeinsam dafür sorgen, dass kommende Generationen intakte Lebensgrundlagen vorfinden.

Unser Ziel ist es, Generationengerechtigkeit und den Schutz langfristiger Interessen zentral in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verankern. Das bedeutet, die langfristigen Auswirkungen heutiger Entscheidungen zu analysieren und nachhaltige sowie praktisch umsetzbare Lösungen zu finden.

Was wir tun

Wir zeigen Lösungsmöglichkeiten auf, wie generationengerechte Entscheidungen zum Wohle aller funktionieren können. Diese veröffentlichen wir in allgemeinverständlichen Büchern und Positionspapieren. Zu unseren Themenfeldern gehören Umwelt, Finanzen, Renten, Bildung, Arbeitsmarkt, Jugendpolitik sowie die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie.

Mit Kampagnen, Presseauftritten, Vorträgen und Projekten erinnern wir Politik und Gesellschaft an ihre Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Wir regen junge Forschung an, organisieren Symposien, Kongresse und Tagungen und geben die Fachzeitschrift „Intergenerational Justice Review“ heraus.

Unsere Erfolge 2018



1 Auszeichnung



**7 Treffen mit
Politiker*innen**



26 Presseauftritte



**285 Briefe an
Politiker*innen**



14 Vorträge



9 Publikationen



**1 Essay-
Wettbewerb**



**Neue
Kooperationen**



Neue Website

Unsere Kernforderungen für die 19. Legislaturperiode

Umwelt & Klima

Energiewende konsequent voranbringen!

Die ökologischen Belastungsgrenzen des Planeten sind längst überschritten. Auch die deutschen Klimaziele werden verfehlt. Der Staat trägt die Verantwortung dafür, die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu schützen. Dazu gehören insbesondere ein überzeugter Klimaschutz und der Ausbau der erneuerbaren Energien.

Rente

Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen!

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland muss angesichts des demografischen Wandels generationengerechter, sozial gerechter und transparenter werden. Erst wenn die Gewählten und die Wählerschaft im gleichen Boot sitzen, werden Gesetze beschlossen werden, die den dringenden Reformbedarf der Rentenversicherung anpacken.

Finanzpolitik

Schuldenbremse einhalten! Investitionsgebot ergänzen!

Bei hoher Staatsverschuldung stehen jeder neuen Regierung immer weniger finanzielle Spielräume zur Verfügung, um die Gesellschaft zu gestalten. Schuldenbremsen müssen um Investitionsgebote Bildung, Infrastruktur usw. ergänzt werden. Ziel von Schuldenbremsen muss das „Sparen für die Zukunft“, nicht das „Sparen an der Zukunft“ sein.

Arbeitswelt

Senioritätsprinzip abschaffen!

Das Senioritätsprinzip bindet in der Arbeitswelt Privilegien alleine an das Erreichen eines bestimmten Lebensalters. Es sollte bei Regelungen in der Arbeitswelt wie Kündigungsschutz, Urlaubsansprüche usw. genauso wenig Anwendung finden wie die Hautfarbe, die sexuelle Orientierung oder das Geschlecht.

Jugend& Demokratie

Wahlwilligen Jugendlichen eine Stimme geben!

Deutsche Staatsbürger*innen unter 18 Jahren werden allein aufgrund ihres Alters vom Wahlrecht ausgeschlossen. Jungen Menschen sollte es frei stehen, ihr Wahlrecht auszuüben, sobald sie dies eigenständig wollen. Unsere Forderung bedeutet nicht, dass Kleinkinder, Säuglinge oder stellvertretend ihre Eltern zum Urnengang verpflichtet werden.

Zukunfts-Politik

Zukunftsrat als Vertretung künftiger Generationen einrichten!

Wahlvolk und gewählte Politiker*innen streben kurzzeitige Vorteile an, in deren Genuss sie während ihrer Lebensspanne kommen wollen. Kosten und Risiken werden dagegen tendenziell in die Zukunft verlagert. Es braucht eine neue Institution, um auch die Interessen künftiger Generationen zu formulieren und zu vertreten.

Unsere Aktivitäten 2018

Themen

Auf Kosten von morgen - Koalitionsvertrag 2018

Im Rahmen der Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen erhielt die SRzG viel Aufmerksamkeit und Anfragen von überregionalen Medien, unter anderem ZEIT Online, Deutschlandfunk und hr info.

Aufbruch, Dynamik und Zusammenhalt, das Anpacken von Problemen und das Stecken mutiger Ziele verspricht der von Union und SPD verabschiedete Koalitionsvertrag 2018.

Aber eben diese mutigen Ideen und Visionen für die Zukunft sucht man als junger Mensch im Koalitionsvertrag vergeblich. Lösungen für die wirklich drängenden Fragen des Jahrzehnts, wie ambitionierte Maßnahmen gegen den Klimawandel, für mehr Bildungsgerechtigkeit oder für langfristig solide Sozialsicherungssysteme werden zunächst verschoben.



Anna Braam, SRzG-Sprecherin:

„Nehmen wir das Beispiel Klimaschutz: Wir sind die letzte Generation, die den Klimawandel aufhalten kann. Umso bestürzender ist es, dass das international als Klimavorreiter gefeierte Deutschland nun seine selbstgesteckten Klimaziele für das Jahr 2020 aufgibt und sich auch nicht zu konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele 2030 und 2050 durchringen kann.“

Auch am Beispiel Rente zeigt sich die fehlende Langzeitperspektive: Wer heute 20 Jahre alt ist, wird statistisch gesehen im Jahr 2024 beginnen, Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen, und im Jahr 2066 nach geltendem Recht mit 67 Jahren zum ersten Mal eine Rente aus der Deutschen Rentenversicherung erhalten; bei einer Rentenbezugsdauer von dann voraussichtlich 25 bis 30 Jahren also bis ins in den Zeitraum Jahr 2091 bis 2096.

Die Zeitperspektive des Koalitionsvertrags *ist jedoch das Jahr 2025*. Dies ist symptomatisch für die zu kurz gedachte heutige Rentenpolitik. Die politischen Entscheidungsträger*innen ignorieren die Interessen junger Menschen, die deutlich länger leben werden als die heute ältere Generation und entsprechend auch weiter in die Zukunft gerichtete Lösungen benötigen. Im Interesse der jungen Generation brauchen wir eine Rentenpolitik, die in Jahrzehnten denkt, nicht in Legislaturperioden.

Zwar enthält der Koalitionsvertrag auch gute Ansätze, wie z.B. im Bereich Bildung, Digitalisierung oder der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Doch gerade in den Bereichen Bildung und Digitalisierung hat die Regierung in den letzten Legislaturperioden ihre schon damals formulierten selbstgesteckten Ambitionen nicht erfüllen können. Es bleibt also abzuwarten, was von den guten Ideen in den nächsten vier Jahren tatsächlich in die Realität umgesetzt wird.

Politik mit jungen Menschen, statt Bestimmung über junge Menschen

Die Entscheidungen von heute bestimmen, wie die Welt von morgen aussehen wird. Bei vielen Entscheidungsprozessen ist es mittlerweile üblich, alle Betroffenen an der Entscheidung zu beteiligen. In Deutschland ließe es sich nicht vertreten, wenn z.B. Frauen nicht voll an Entscheidungsprozessen beteiligt würden oder einen gleichberechtigten Zugang zu Machtstrukturen bekämen. In einigen Ländern stehen sogar Frauen an der Spitze von Regierungen.

Die deutsche Politik tut sich schwer, auch jungen Menschen Zugang zu Entscheidungsprozessen und Machtstrukturen einzuräumen. Das führt dazu, dass sie nur einen sehr geringen Anteil unter den Entscheidungsträger*innen in Politik, Wirtschaft und fast allen gesellschaftlichen Bereichen einnehmen. Ein paar Beispiele: Der aktuelle (19.) Bundestag hatte bei seiner Konstituierung 2017 ein Durchschnittsalter von 49,4 Jahren. Nur 66 Abgeordnete – das entspricht 9,3 Prozent der Abgeordneten – waren zu Beginn der Legislaturperiode 18-35 Jahre alt, während knapp 20 Prozent der Bevölkerung in dieser Altersgruppe ist.



Der neu gewählte bayerische Landtag hat ein Durchschnittsalter von knapp 51 Jahren und das Durchschnittsalter der CDU- und SPD-Mitglieder etwa beträgt 60 Jahre. Ein weiteres Beispiel: Die Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“, die von der Bundesregierung beauftragt wurde, einen verlässlichen Generationenvertrag zu erarbeiten, ist zwar mit Expert*innen besetzt, war jedoch zu

ihrer Einsetzung im Durchschnitt 55 Jahre alt. Das jüngste Mitglied war 44 Jahre jung. Ähnliche Altersdurchschnitte finden sich in den Gewerkschaften.

Eine Civey-Umfrage vom 09. Februar 2018 ergab, dass sich mehr als 80 Prozent der 18- bis 39-Jährigen nicht oder eher nicht in (oder von) der Politik repräsentiert fühlen. In der Altersgruppe über 40 sind es durchschnittlich 43 Prozent.

Gerade angesichts des demographischen Wandels und der damit einhergehenden Bevölkerungsalterung ist es wichtig, auch junge Menschen und ihre Interessen in der Politik zu repräsentieren.

Aber wieso sind junge Menschen im Politikbetrieb nur wenig vertreten und wie können wir erreichen, dass die Politik „jünger“ wird? Bereits 2017 haben wir hierzu Lösungen identifiziert und mit Spitzenpolitiker*innen auf Bundes- und Landesebene diskutiert. Wir wollten wissen, wie Parteien und Gewerkschaften attraktiver für junge Menschen werden können und wie die Situation in anderen Ländern ist. Daher befasste sich auch der diesjährige Generationengerechtigkeits-Preis, mit genau diesem Thema. Wir werden die Ansätze der Gewinner-Beiträge bekannt machen und sie an Entscheidungsträger*innen vermitteln, damit die strukturellen Rahmenbedingungen verbessert werden können.

Rente sich wer kann: Altersversorgung der nachrückenden Generationen



Wie geht es mit dem deutschen Rentenversicherungssystem weiter, wenn ab etwa 2020 die geburtenstarken Baby Boomer-Jahrgänge in den Ruhestand gehen? Wie muss das Rentensystem reformiert werden, damit die Renten für immer mehr Rentner*innen von immer weniger Beitragszahlenden finanziert werden kann? Diese Frage bietet vielen sozialen Sprengstoff und schürt in allen

Generationen Ängste: Die älteren Generationen haben Sorge, nicht angemessen für ihre Erwerbstätigkeit „entlohnt“ zu werden oder ihren Lebensabend in Armut zu verbringen. Die jüngeren Generationen haben ihre Hoffnungen, je eine angemessene gesetzliche Rente zu beziehen, zum Teil bereits aufgegeben. Ihre Vorschläge haben es angesichts der Übermacht der älteren Wählerschaft schwer, im politischen Diskurs Beachtung zu finden.

Die SRzG ist daher Teil der 2018 gegründeten „Jungen Rentenkommission“. Diese Initiative von Zivilgesellschaft und Wirtschaft besteht aus jungen Expert*innen und wird bis Sommer 2019 Lösungsvorschläge aus junger Perspektive erarbeiten, die sie der „Senior“-Rentenkommission vorlegen wird. Die Junge Rentenkommission traf sich im September mit Herrn Dr. Schmachtenberg, Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und gab Sorgen und Wünsche der jungen Generation für die Rentenkommission des BMAS weiter.

Außerdem nahm die SRzG an einer Verbandsanhörung des BMAS teil und gab in diesem Rahmen eine Stellungnahme zum neuen Rentengesetz der Bundesregierung ab.

Es ist ein Anliegen der SRzG, junge Menschen über das Thema Rente zu informieren und sie dazu zu befähigen, bei diesem komplexen Thema mitzudiskutieren und ihre Interessen einzubringen. Gleichzeitig muss es auch darum gehen, die ältere Generation für ein generationengerechtes Rentensystem zu sensibilisieren, selbst wenn die Renten dann nicht so schnell steigen wie ohne Generationengerechtigkeit. Daher betreibt die SRzG im Bereich Rente ein großes Maß an Pressearbeit. Vertreter*innen der SRzG sprachen 2018 u.a. in Sendungen bei phoenix und NDRinfo zur Zukunft des Rentensystems. Die Zunahme an Presseanfragen zu diesem Thema zeigt, dass es hier viel Gesprächs- und Vermittlungsbedarf zwischen den Generationen gibt.



SRzG-Projekt erhält renommierten Umweltpreis

Für den umweltpolitischen Deutsch-Fidschianischen Jugendaustausch 2017 wurde die SRzG mit dem Energy Globe Award als National Winner Germany ausgezeichnet.

Der Energy Globe Award – von den Initiator*innen auch als „Oskar für Nachhaltigkeit“ bezeichnet – wird international für Umweltprojekte in den Kategorien Erde, Feuer (Energie), Wasser, Luft, Sustainable Plastics und Jugend vergeben. Der Preis wird mit dem Ziel vergeben, ein Bewusstsein für die Lösung von Umweltproblemen zu schaffen und aufzuzeigen, dass jeder einen positiven Beitrag dazu leisten kann.

Die SRzG erhielt den Energy Globe Award für ihre Anstrengungen, mit dem Deutsch-Fidschianischen Jugendaustausch die globale Bevölkerung sowie Entscheidungsträger*innen für die Folgen des Klimawandels zu sensibilisieren. Der Jugendaustausch fand in Kooperation mit der Klimadelegation des Jugendbündnisses Zukunftsenergie und Project Survival Pacific statt und wurde vom Bundesumweltministerium finanziert.

Die Preisverleihung fand am 05. November im Österreichischen Honorarkonsulat in Stuttgart statt. Zusätzlich zum nationalen Preis ist die SRzG weiter im Rennen für den internationalen Preis 2018. Jährlich werden über 2.000 Projekte für den Preis eingereicht.



Zeit für eine generationengerechte Klimapolitik!

Die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels zeigen sich bereits heute, sowohl im globalen Süden als auch in den westlichen Industriestaaten. 2018 zeigte der neueste Bericht des Weltklimarats, dass nur noch wenige Jahre bleiben, um das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen und die drastischsten Folgen der Erderwärmung noch abzuwenden. Selbst laut optimistischen Szenarien wird der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen über Generationen hinweg bedrohen.

Anlässlich des Konflikts um den Hambacher Forst veröffentlichten die SRzG und über 100 weitere Jugendvertreter*innen und Jugendorganisationen einen an alle politischen, industriellen und wirtschaftlichen Agierenden gerichteten offenen Brief für eine generationengerechte und ambitionierte Klimapolitik.

UN-Aktivitäten der SRzG

Seit 2005 hat die SRzG besonderen Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und nimmt regelmäßig an Verhandlungen und zwischenstaatlichen Konferenzen teil. Um die Präsenz junger Menschen in den UN-Prozessen zu verstärken, entsendet die SRzG jedes Jahr junge Menschen zu den Klimakonferenzen der Vereinten Nationen, auf denen sie sich mit relevanten Stakeholdern vernetzen, aktiv an Diskussionen und Arbeitsgruppen teilnehmen und mit Vorträgen und Workshops die Bedeutung und Chancen von Jugendbeteiligung und Generationengerechtigkeit hervorheben. Seit einigen Jahren arbeitet die SRzG dafür im Rahmen der Klimaverhandlungen mit der Klimadelegation des Jugendbündnisses Zukunftsenergie zusammen.



Im Jahr 2018 nahmen SRzG-Delegierte an den Zwischenverhandlungen in Bonn teil. Für die COP24 im polnischen Katowice ermöglichte die SRzG insgesamt 14 jungen Menschen die Teilnahme an den Verhandlungen. Sie organisierten u.a. einen deutsch-polnisch-französischen Austausch, bei dem die Jugendlichen gemeinsam Forderungen an die verhandelnden Delegationen ausarbeiteten.

Die Forderungen wurden an Vertreter*innen des Bundesumweltministeriums und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überreicht. Die Delegierten initiierten eine Vernetzung aller deutschen jungen COP-Teilnehmer*innen, trafen Wissenschaftler*innen, organisierten Aktionen, sprachen auf Pressekonferenzen der Jugendvertretung auf der Klimarahmenkonvention (YOUNGO) und gaben zahlreiche Interviews mit Medienvertreter*innen u.a. von BBC News und 3Sat. Die Delegierten trafen Bundesumweltministerin Schulze und regten Gespräche über eine stärkere Jugendbeteiligung an klimapolitischen Entscheidungen – auf und abseits der COPs – an. Eine SRzG-Delegierte nahm mit Bundesumweltministerin Schulze an einer Talanoa-Sitzung teil, die sonst ausschließlich offiziellen Delegationsmitgliedern der Vertragsstaaten vorbehalten ist.



Team Woche 1



Team Woche 2

Preisverleihung

9. Generationengerechtigkeits-Preis 2017/18 zum Thema „Wie attraktiv sind Parteien und Gewerkschaften für junge Menschen?“

Der mit 10.000 € dotierte Generationengerechtigkeits-Preis wurde von der Stiftung Apfelbaum angeregt, die ihn auch finanziert. Er wird von der SRzG unserer britischen Partnerorganisation Intergenerational Foundation (IF) durchgeführt mit dem Ziel, die Diskussion über Generationengerechtigkeit in der Gesellschaft anzuregen und auf wissenschaftlicher Basis neue Perspektiven für politische Entscheidungsträger*innen zu liefern. Durch die Kooperation mit der IF wird der Preis seit einigen Jahren auch im englischsprachigen Raum ausgeschrieben.

Es wurden fünf Einreichungen ausgezeichnet:

1. Preis (4.500 €): Mona Lena Krook / Mary Nugent:

Not Too Young to Run? Age Requirements and Young People in Elected Office

2. Preis (2.500 €): Philipp Köbe:

Wie politische Organisationen für junge Erwachsene attraktiver werden können

Den **3. Preis und je 1.250 € Preisgeld** teilten sich zwei Arbeitsgruppen:

Thomas Tozer: *Is there a sound democratic case for raising the membership of young people in political parties and trade unions through descriptive representation?*

und

Aksel Sundström / Daniel Stockemer: *Youth representation in the European Parliament: The limited effect of political party characteristics*

5. Preis (500 €): Emilien Paulis:

What's going around? A social network explanation of youth party membership

Die Jury, die die fünf Gewinnerarbeiten prämierte, bestand aus Prof. Dr. Ann-Kristin Kölln (University Aarhus, Dänemark), Prof. Dr. Susan E. Scarrow (University of Houston, USA), Prof. Dr. Matt Henn (Nottingham Trent University, GB), Prof. Dr. Jan van Deth (Universität Mannheim, Deutschland), Dr. Kate Dommatt (University of Sheffield, GB), Dr. Craig Berry (Manchester Metropolitan University, GB) und Dr. Bettina Munimus (ehemals SRzG).

Die Siegerarbeiten werden in Ausgabe 2-2018 und 1-2019 der *Intergenerational Justice Review (IGJR)* veröffentlicht und können nach Erscheinen unter www.igjr.org kostenfrei heruntergeladen werden. Die in den Gewinner-Arbeiten enthaltenen guten Ideen und Ansätze werden in ein deutschsprachiges Positionspapier eingearbeitet.

Publikationen der SRzG

Alle Positionspapiere stehen vollständig und kostenlos zum Download zur Verfügung:
<https://generationengerechtigkeit.info/publikationen/studien/>

In den letzten Jahren zeigen sich immer wieder neue Themenfelder, die sich zu Herausforderungen oder Chancen für zukünftige Generationen entwickeln können. Diese Entwicklungen will die SRzG begleiten, um auch hier die Interessen der nachrückenden Generationen vertreten zu können. Daher verfasst die SRzG derzeit Positionspapiere zu mehreren neuen und bereits bekannteren Themenfeldern. In ihren Positionspapieren analysiert die SRzG Problemfelder sowie ihre Auswirkungen auf zukünftige Generationen und erarbeitet konstruktive und praktikable Lösungsvorschläge für eine generationengerechte Politik.

2018 veröffentlichte die SRzG neue Positionspapiere (siehe unten). Außerdem sind derzeit zwei weitere Positionspapiere in Arbeit (zu Künstlicher Intelligenz und Gesundheitspolitik)

Positionspapiere

Sieben Bausteine für eine zukunftsgerechtere Demokratie



Die Entscheidungen von heute bestimmen, wie die Welt von morgen aussehen wird. Politische Entscheidungen werden derzeit meist von Legislaturperioden, Profitinteressen und kurzfristigen Vorteilen beeinflusst. Die Politik ist gegenwartsfixiert. Um die Gegenwartsfixierung zu reduzieren und zukunftsgerechte Politik zu stärken, muss Zukunftsgerechtigkeit im gesamten Politikprozess verankert werden. Die Institutionen für Zukunftsgerechtigkeit, die wir in Deutschland haben, reichen dafür nicht aus.

Das Positionspapier analysiert Maßnahmen, wie Zukunftsgerechtigkeit in anderen Ländern politisch institutionalisiert wurde, sowie Modelle aus der Fachliteratur zum Thema.

Für Deutschland schlägt die SRzG folgende sieben Bausteine vor:

- **Baustein 1:** Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wird zu einem Zukunftsrat weiterentwickelt.
- **Baustein 2:** Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung wird zu einem ständigen Ausschuss aufgewertet.
- **Baustein 3:** Die Nachhaltigkeitsprüfung für Regelungsvorhaben (Gesetzesentwürfe etc.) wird gestärkt.
- **Baustein 4:** Das Indikatorensystem der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird reformiert.
- **Baustein 5:** Die Bundesregierung wird verpflichtet, in jeder Legislaturperiode ihre politischen Langzeitpläne zu präsentieren (Zukunftsmantel der Bundesregierung).

- **Baustein 6:** Auf einem Zukunftstag diskutieren Parlament, Bürgerinnen und Bürger und die Öffentlichkeit einmal im Jahr das Zukunftsmanifest der Bundesregierung und informieren sich dadurch zu Themen der Zukunftsgerechtigkeit.
- **Baustein 7:** Bürgerräte für die Zukunft werden auf lokaler und regionaler Ebene eingerichtet, die Stadt- und Kreisräte sowie Landesregierungen zu Fragen der lokalen und regionalen Zukunftsgerechtigkeit beraten.

Generationengerechte Bildungspolitik

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Sie befähigen die jüngeren Generationen zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe und sichern den Wohlstand von morgen. Bildung ist ein entscheidender Faktor sowohl für die Chancen des Einzelnen in der Gesellschaft als auch für den Wohlstand der Gesellschaft als Ganzes. Noch heute bestimmt in Deutschland der Bildungsgrad der Eltern die Bildungschancen ihrer Kinder. Mit dem demografischen Wandel, der Globalisierung, dem Wandel der Arbeitswelt oder der Digitalisierung steht das deutsche Bildungssystem vor neuen Herausforderungen. Um junge Menschen in die Lage versetzen, in Zukunft mindestens den Lebensstandard der vorangegangenen Generationen zu erreichen, müssen Bildungseinrichtungen die Schlüssel-Kompetenzen vermitteln, die morgen gefragt sind. Wie das angesichts der Herausforderungen gelingen kann, darum geht es im Positionspapier für generationengerechte Bildungspolitik.



Positionspapier Klimapolitik

Wie kaum ein anderer Bereich hat die Klimapolitik Einfluss darauf, welche Lebensgrundlagen zukünftige Generationen weltweit vorfinden und welche Chancen sie haben werden. 2018 unterstrichen zahlreiche Studien: Es bleiben nur wenige Jahre, um eine weitere Klimaerwärmung und drastische und Jahrhunderte anhaltende Folgen für Nahrungssicherheit, heftigere Wetterereignisse und einen steigenden Meeresspiegel abzuwenden. In ihrem neu aufgelegten Positionspapier zu Klimapolitik analysiert die SRzG die Folgen einer Erderwärmung um 1,5°C oder mehr und fordert die deutsche Politik und Wirtschaft dazu auf, ambitioniert zu einer Erreichung der Klimaziele beizutragen.

Weitere Publikationen

Stellungnahme Gesetzesentwurf über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung

Im Juli 2018 nahm die SRzG an einer Verbandsanhörung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) teil und gab eine Stellungnahme zum Entwurf über ein neues Rentengesetz ab. Das Gesetz sah u.a. die Einführung einer doppelten Haltelinie und die Erweiterung der Mütterrente vor. Die SRzG kritisierte viele in dem Entwurf vorgesehene Maßnahmen als nicht generationengerecht.



Generationengerechtigkeit im Alltag

Generationengerechtigkeit fängt bei uns an! Jede*r einzelne von uns kann einen Beitrag dazu leisten, dass unsere Kinder, Enkel*innen und Urururenkel*innen die gleichen Chancen haben wie die heute lebende Generation. Wie man mit kleinen bewussten Schritten im Alltag seinen Teil dazu beitragen kann, das fasst diese Publikation zusammen.



Wahlprüfsteine zu den Landtagswahlen in Bayern und Hessen

Wie positionierten sich die Parteien in Bayern und Hessen im Vorfeld der Landtagwahlen zu Politik- und Themenbereichen rund um Generationengerechtigkeit? Die SRzG trat mit einem Fragenkatalog an die Parteien heran und fasste die Stellungnahmen für die Öffentlichkeit zusammen.

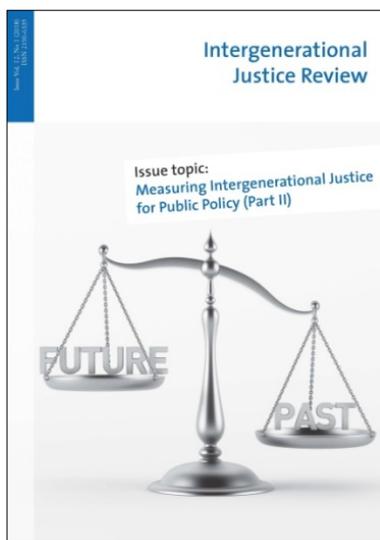
Die Kernforderungen der SRzG für die aktuelle Legislaturperiode der Bundesregierung finden Sie hier: <https://generationengerechtigkeit.info/grundlagen/>



Intergenerational Justice Review

Seit 2015 veröffentlicht die SRzG gemeinsam mit der Londoner Intergenerational Foundation (IF) die *Intergenerational Justice Review*, die einzige englischsprachige Fachzeitschrift zum Thema Generationengerechtigkeit. Alle Ausgaben und aktuellen Ausschreibungen der Intergenerational Justice Review sind auf der Website www.igjr.org kostenlos und ohne Registrierung im Open Access-Verfahren abrufbar.

Ausgabe 1-2018 „Measuring Intergenerational Justice for Public Policy“



Im Juni erschien mit Heft 1-2018 der zweite Teil der Doppelausgabe zum Thema „Measuring Intergenerational Justice for Public Policy“. Das Heft enthält u.a. Siegerbeiträge des Demografie-Preises 2016/17. Sie analysieren Chancen und Schwierigkeiten des Messens von Generationengerechtigkeit an Länderbeispielen. Zu den Autor*innen gehören Jamie McQuilkin, Bernhard Hammer, Tanja Istenic, Lili Vargha und Paul Kershaw. Zudem wurden zwei Neuerscheinungen zum Thema des Heftes rezensiert.

Ausgabe 2-2018 „How attractive are political parties and trade unions for young people?“



Wieso engagieren sich junge Menschen seltener in Parteien und Gewerkschaften? Wie stark sind junge Menschen im politischen System anderer Staaten vertreten und mit welchen Mechanismen kann Parteiengagement für junge Menschen wieder attraktiver werden? Diesen Fragen widmet sich der erste Teil der Doppelausgabe zu diesem Thema.

Das Heft enthält u.a. Siegerbeiträge des Generationengerechtigkeits-Preises 2017/18 sowie Rezensionen von neu erschienenen Büchern zur Parteienforschung und zum Verhältnis von Klimawandel und Wohlstand.

Die SRzG im Web

Die SRzG freut sich sehr, seit Sommer 2018 ihren **neuen englischsprachigen Internetauftritt** vorstellen zu können. Nach langer technischer, optischer und vor allem inhaltlicher Überarbeitung präsentiert sich nun nach der deutschen auch die englische Webseite der SRzG grundlegend modernisiert und erneuert. Zusätzlich wurden auf der Homepage Online-Spendenmöglichkeiten eingerichtet.

Gerade für junge Menschen ist der Umgang mit **sozialen Medien** selbstverständlich geworden. Darum stellt die SRzG zusätzliche Kommentare und Informationen zu Themen und Projekten auf **Facebook, Twitter, YouTube und jetzt auch auf Instagram** zur Verfügung, um auch, aber nicht nur die junge Öffentlichkeit zu erreichen.

Unsere Medienauftritte und Vorträge

2018 hat die SRzG über 10 Millionen Menschen in über 20 Artikeln, Fernseh- und Radiointerviews erreicht, u.a. über das ZDF, Zeitonline, Deutschlandfunk, SWR oder Spiegel online. Vertreter*Innen der SRzG sprechen regelmäßig bei Diskussions- und Informationsveranstaltungen, moderieren Events rund um das Thema Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit und geben Workshops und Seminare. So auch 2018.

Das SRzG-Team hielt Vorträge, Workshops oder Seminare, u.a. beim Global Festival of Action for Sustainable Development (zum Thema Klimawandel und die pazifischen Inselstaaten), beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend (zum Thema Generationengerechtigkeit), in der Evangelischen Akademie Tutzing (zu „Junge Stimmen im politischen Kosmos“), beim Futurium Berlin (zur Frage „Was brauchen wir zum Glück?“) oder beim Konvent der Schader Stiftung (zum Wandel des politischen Engagements seit den 1968ern).



Eine vollständige Auflistung der Medienauftritte und –Nennungen der SRzG finden Sie im Medienecho auf der Website: generationengerechtigkeit.info/presse/medienecho/

Organe und Geschäftsführung

Mitglieder des Vorstands



Anna Braam (geb. 1988)

promoviert im Bereich „Nachhaltigkeit demokratischen Entscheidens“ an der Universität Oldenburg. In ihrem Masterstudium widmete sie sich den wissenschaftlichen Grundlagen der Generationengerechtigkeit am Beispiel der nationalen Biodiversitätsstrategie. Braam gründete 2016 das Jugendforum „Next Generation“ im Bremer Übersee-Museum und engagiert sich in der UN-Klimapolitik als Jugend-Delegierte. Zudem ist Braam Mitglied im Nationalen Netzwerk für Nachhaltigen Konsum der Bundesregierung.



Yannick Haan (geb. 1986)

arbeitet bei Wissenschaft im Dialog und betreut Projekte rund um die Digitalisierung. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro eines SPD-Bundestagsabgeordneten und Projektleiter der Euro-Wahlgang der Politikfabrik und u.a. für die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Bundeszentrale für politische Bildung, die Deutsche Welle tätig. Er ist außerdem Vorsitzender der SPD Alexanderplatz und Mitglied der Gesellschaft für Freiheitsrechte. Er ist Autor des Buches „Gesellschaft im digitalen Wandel“.



Dr. Michael Rose (geb. 1986)

ist Politikwissenschaftler, Autor des Fachbuchs ‚Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie‘ und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich, Governance und Nachhaltige Entwicklung‘ am Institut für Nachhaltigkeitssteuerung der Leuphana Universität Lüneburg. Nach seinem Studium in Bamberg forschte er in Düsseldorf am Graduiertenkolleg, ‚Linkage in Democracy‘ theoretisch und empirisch zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen.

Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Dr. Ortwin Renn

Wissenschaftlicher Direktor des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)

Prof. Dr. Rolf Kreibich

ehemals Direktor Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats

Prof. Dr. Dieter Birnbacher

Dr. Jürgen Borchert

Prof. Dr. Luc Bovens

Prof. Dr. Louis Chauvel

Prof. Dr. Claus Dierksmeier

Dr. Reinald Eichholz

Prof. Dr. Edeltraud Günther

Prof. Dr. Karl Heinz Hausner

Dr. Uwe Jean Heuser

Prof. Dr. Vittorio Höfle

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann

Prof. Dr. Ann-Kristin Kölln

Dr. Annette Lepenies

Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Prof. Dr. Mihajlo D. Mesarovic

Prof. Dr. Meinhard Miegel

Prof. Dr. Hubertus Müller-Groeling

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Prof. Dr. Claus Offe

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Dr. Wolfgang Reinicke

Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber

Prof. Dr. Uwe Schneidewind

Prof. Dr. Wolfgang Seiler

Prof. Dr. Dr. Udo E. Simonis

Robert Unteregger

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Stephanie Weis-Gerhardt

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Botschafter*innen

Dr. Danyal Bayaz, MdB

Jasmin Buck

Michelle Grebe

Dr. Wolfgang Gründinger

Martin Hagen, MdL

Anna Halbig

Jonathan Hoffmann

Madeleine Hofmann

René Kieselhorst

Simon Sales Prado

Charlotte Unruh

Christina Wunder

Büroleitung



Maria Lenk

E-Mail: kontakt@srzg.de

Tel. 0711 / 28052777

Stiftungsmanagement

Personelle Veränderungen

Vorstand:

Michael Rose wechselt vom Botschafter*innenkreis in den Vorstand. Wolfgang Gründinger und Jasmin Buck treten aus dem Vorstand zurück und werden Botschafter*innen für Generationengerechtigkeit.

Botschafter*innen für Generationengerechtigkeit:

Die Botschafterinnen Bettina König und Katharina Nocun traten nach langer Aktivität für die SRzG zurück. Für die Nachfolge konnten wir wiederum engagierte junge Menschen finden: Die SRzG erhält neue Unterstützung durch *(von links nach rechts)*

Michelle Grebe (geb. 1995), René Kieselhort (geb. 1988), Simon Sales Prado (geb. 1998) und Christina Wunder (geb. 1989).

Mehr zu unseren Botschafter*innen, wer sie sind und wofür sie brennen, lesen Sie auf unserer Homepage unter <https://generationengerechtigkeit.info/botschafter/>



Finanzielle Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen ist als gemeinnützige Stiftung registriert. Ihre Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus Spenden. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind Einnahmen aus dem Förderkreis und Privatspenden. Sie betragen im Jahr 2018 rund 36.000 Euro. Mit ihnen werden hauptsächlich allgemeine Verwaltungskosten (Büromiete, Stelle der Büroleitung in Teilzeit) gedeckt.

Zusätzlich wirbt die Stiftung Projektmittel ein, die nur für den vereinbarten Zweck ausgegeben werden dürfen z.B. für den umweltpolitischen Jugendaustausch oder für die Organisation von Tagungen.

Neue Strategie für Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit

Wie kann die SRzG die größtmögliche Wirkung (Impact) erzielen? Diese Frage stand im Zentrum des Strategietreffens der SRzG im März 2018. Vor allem ging es darum, wie mehr Menschen erreicht und mehr Bewusstsein für Generationengerechtigkeit geschaffen werden können. Dabei hat die SRzG den Anspruch, Quantität nicht auf Kosten von Qualität zu erreichen, denn die SRzG zeichnet sich dadurch aus, dass sie den Mut zu Visionen mit der Mühe der Detailkompetenz verbindet.

Im Rahmen des Strategietreffens wurden auch neue Konzepte für die Pressearbeit der SRzG aufgestellt, eine Überarbeitung des Corporate Designs der SRzG angestoßen und weitere Kooperationspartner*innen in Politik und Zivilgesellschaft identifiziert. Unter anderem baut die SRzG ihre aktive Zusammenarbeit mit Bundes- und Landtagsabgeordneten aus.

Darüber hinaus wurde der englische Internetauftritt der SRzG vollständig neu aufgesetzt und eine Social Media-Strategie erarbeitet, da besonders junge Menschen über diese Kanäle am besten zu erreichen sind.

Egal wie nobel das Anliegen, ohne finanzielle Mittel lässt sich nur wenig umsetzen. Ohne Geld hätte die SRzG keine Webseite, auf der sich Interessierte informieren können, kein Geld für Zugtickets, um sich mit Entscheidungsträger*innen zu treffen, keine Räumlichkeiten, keine Computer und kein Büroteam, das E-Mails beantwortet, Praktikant*innen betreut und Projekte durchführt. Beim Strategietreffen wurden neue Möglichkeiten für Fundraising angestoßen und 2018 umgesetzt.

Fördern und Spenden!

Viele Menschen unterstützen uns mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Vorstandsmitglieder, als Botschafter*Innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums. Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Projekte durchzuführen und unsere Arbeit weiterzuentwickeln. Oder sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Förderkreis, durch Spenden, Zustiftungen oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die SRzG unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Förderkreis ermöglichen Sie unsere Projekte

Der Förderkreis versammelt die Freund*innen der SRzG. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unseres Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Dadurch tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbständigkeit der SRzG langfristig zu sichern. Als Mitglied im Förderkreis zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 50 Euro und Unter-30-Jährige 25 Euro. Mit Ihren Beiträgen setzen wir Projekte in Deutschland zum Thema Generationengerechtigkeit um und aktivieren junge Menschen. Die SRzG wird zu einem Großteil von ihren jungen ehrenamtlichen Vorständen und Botschafter*Innen getragen. Unser kleines

Büroteam koordiniert unsere ehrenamtlichen Helfer und Praktikanten, unser Fundraising und unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und betreibt unsere Website.

Mit Ihrer Spende helfen Sie, unser bescheidenes Büro zu unterhalten. Denn ohne unser Büroteam gäbe es keine SRzG und keines unserer Projekte.

Und was haben Sie davon?

Wann immer möglich, werden die Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Veranstaltungen und Diskussionen, mit Aufrufen zum Mitmachen und aktiv werden. Sie erhalten den Newsletter mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und Einladungen zu besonderen Veranstaltungen bei denen auch Vorstand oder Geschäftsführung zum Austausch bereit stehen. Und Sie haben die Möglichkeit, jederzeit als Ideengeber*in aktiv an Stiftungsprojekten mitzuarbeiten. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise!

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender/innen und Sponsor/innen:



Maria Lenk, Büroleiterin

Tel.: 0711 / 28052777

E-Mail: maria.lenk@srzg.de
generationengerechtigkeit.info

Spendenkonto:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE64 4306 0967 8039 5558 00

BIC (SWIFT-Code): GENODEM1GLS

Ihr Mitgliedsbeitrag und Ihre Spenden sind steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft ist jeweils zum 31.12. jeden Jahres kündbar.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Mannspergerstr. 29, 70565 Stuttgart, Deutschland
Tel: +49 711 28052777
Fax: +49 3212 2805277
E-Mail: kontakt@srzg.de
generationengerechtigkeit.info

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Design: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Bildnachweis: Free-Photos/pixabay

© Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Januar 2019

